

Information von der 18. Landesvorstandssitzung am 19. Juni 2018

Der Landesvorstand sprach Dagmar Zoschke seinen ausdrücklichen Dank für ihre 8jährige Arbeit im Parteivorstand aus. Dagmar berichtete ein letztes Mal aus dem Parteivorstand und ging auf die Vorbereitung zum Bundesparteitag ein. Dem schlossen sich die Glückwünsche des Landesvorstandes an den neu gewählten Bundesgeschäftsführer Jörg Schindler an. Kerstin Eisenreich wurde in Abwesenheit für ihre Kandidatur zum Parteivorstand gedankt. Leider konnte sich Kerstin gegen die Mitbewerberinnen nicht durchsetzen. Der Landesverband Sachsen-Anhalt hat damit keine unmittelbare Vertretung mehr im Parteivorstand. Der Landesvorsitzende bzw. seine Stellvertreter/-innen werden künftig zu relevanten Themen und Diskussionen an den Sitzungen teilnehmen und so die Anbindung des Landesverbandes an den Parteivorstand gewährleisten. Der Anregung, künftig mehr Genossinnen und Genossen für die Wahl in den Parteivorstand zu gewinnen, wird der Landesvorstand größere Aufmerksamkeit widmen.

Birke Bull-Bischoff und Jan Korte wurden herzlichst in der Runde des Landesvorstandes begrüßt. Die Bundestagsfraktion fordert öffentlich geförderte Arbeit ein, die sozialversicherungspflichtig mit mindestens 12 Euro Stundenlohn vergütet sein soll. Damit werden 300.000 Stellen in der gemeinnützigen Arbeit, z.B. in der Kinder- und Jugendarbeit sowie in der Unterstützung der Hilfe für Senior*innen, geschaffen. Weiterhin beantragt die Bundestagsfraktion, die Anschaffung von bewaffneten und bewaffnungsfähigen Drohnen zu unterbinden. Für eine wirksame Barrierefreiheit gilt es verbindliche Regelungen im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG), im Behindertengleichstellungsgesetz (BGG), im Bau-, Verkehrs- und Vergaberecht, mit denen private Anbieter zur Herstellung von Barrierefreiheit verpflichtet werden, zu schaffen. Die Erhöhung der Parteienfinanzierung wurde durch die Bundestagsfraktion nicht mitgetragen. Auch die geforderte Einsetzung eines Untersuchungsausschuss zum Bundesamt für Migration und Flüchtlinge unter den gesetzten Bedingungen von FDP und AfD wurde von der Bundestagsfraktion abgelehnt.

Andreas Höppner gab einen Rückblick auf die letzte Sitzung des Landtages. Insbesondere die aktuelle Debatte zur medizinischen Versorgung am Beispiel von AMEOS Salzlandkreis hat viele Gemüter bewegt. Zur kommenden Landtagssitzung vom 20. bis 22. Juni 2018 beantragt die Fraktion DIE LINKE die Einsetzung einer Enquete-Kommission. Diese soll sich der Frage widmen, wie die Gesundheitsversorgung und Pflege in Sachsen-Anhalt nachhaltig gesichert werden kann. In der aktuellen Debatte soll der besorgniserregende Leerstand bei Kleingärten in Sachsen-Anhalt thematisiert werden. Weitere Anträge sind u.a.: Mehr Engagement des Bundes für Rentnerinnen und Rentner im Osten (Drs. 7/3009), Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners ist Aufgabe des Landes (Drs. 7/3010) und den Pädagogischen Ansatz der Ganztagschulen nicht aushöhlen (Drs. 7/3008). Weiterhin wurde die nun öffentlich sichtbare rechte und nationalkonservative Rückwärtsentwicklung der CDU Sachsen-Anhalt thematisiert, welche die Kooperationsfähigkeit von CDU und AfD noch weiter vorantreibt.

In einer ausführlichen Debatte beschäftigten sich die Mitglieder des Landesvorstandes gemeinsam mit den anwesenden Gästen mit dem Bundesparteitag. Es war ein kontroverser, aber auch diskussionsfreudiger Parteitag. Die vielen Wortmeldungen in der Generaldebatte zeigten das Redebedürfnis der Delegierten. Der Landesvorstand diskutierte über den Leitantrag, die Notwendigkeit der Wahl von 6 Stellvertreter/-innen und auch die Wahlergebnisse von Katja Kipping und Bernd Riexinger. Das knappe Wahlergebnis für Jörg Schindler als Bundesgeschäftsführer kann aus Sicht von Andreas Höppner als Ausdruck einer

gespaltenen Partei bezeichnet werden, ebenso wie die knappe Mehrheit für die Aussprache nach Sahra Wagenknechts Rede. Kritisch äußerte sich Gritt Kumar zur Absetzung des Antrages A2 von der Tagesordnung. Die gesellschaftliche Debatte spiegelt sich auch in unserer Partei wider. Wir haben in unserem Landesverband die Themen Einwanderung, Asyl und Migration bereits in vielen Stadt-, Kreis- und Ortsverbänden diskutiert. Der Bundesparteitag hat deutlich gezeigt, dass diese Debatte innerhalb der gesamten Partei weiter geführt werden muss. Der Landesvorstand hat deshalb sein Angebot bekräftigt, die Diskussion gemeinsam mit den Genossinnen und Genossen vor Ort zu führen.

Der Landesvorstand wurde durch Henriette Krebs über den letzten Planungsstand zum Landesparteitag in Benndorf informiert. Er beschloss eine geänderte Tagesordnung/Zeitplan für die 3. Tagung des 6. Landesparteitages.

Henriette berichtete aus der Arbeit der Koordinierungsgruppe zur Vorbereitung der Kommunal- und Europawahl. Die Textbausteine für die kommunalpolitischen Leitlinien 2018 liegen vor. Die Redaktionsgruppe trifft sich in der nächsten Woche für eine Korrekturbesprechung und stellt dann einen ersten Entwurf der Kommunalpolitischen Leitlinien zur parteiinternen Diskussion vor.

Die Beschlussvorlage zur Wahl der Vertreterinnen und Vertreter für die Bundesvertreterversammlung 2019 zur Aufstellung der Bundesliste für die Wahl zum Europäischen Parlament 2019 wurde vertagt.

Der Landesvorstand hat den Delegiertenschlüssel für die Wahl der Delegierten in den Kreisverbänden und den landesweiten Zusammenschlüssen/Jugendverband für den 7. Landesparteitag für die Jahre 2019/2020 beschlossen.

Der Tagesordnungspunkt Finanzen wurde aufgrund der vorangeschrittenen Zeit vertagt.

Marion Krischok informierte über das Vorhaben der FAG LISA zur Wohlfühlkommune, welche am 22. September in Köthen stattfinden wird.

Die nächste Sitzung des Landesvorstandes findet am 10. Juli 2018 statt.